

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Jan/Febr 2021, 30. Jahrg.

**Gesundheitsministerin
Nonnemacher:**

**Alle Wege führen zum
Impfzentrum!**



Der Barnim braucht zwei Impfzentren

In Eberswalde hat der Betrieb am 25. Januar begonnen. Ein weiteres wird für den Niederbarnim gefordert von Bernaus Bürgermeister André Stahl (LINKE) und der Gemeindevertretung Ahrensfelde. Die Brandenburger Landesregierung aber schweigt.

O-Ton aus der Impfhilfe in der ersten Januarwoche nach vielfachen Einwahlversuchen: „Wie ist Ihre Postleitzahl? 16321? Sie sind noch nicht dran!“ Aufgelegt. Aber seit dem 25. Januar nun ist das Impfzentrum im Eberswalder Sportzentrum Westend in Betrieb. Nach dem Willen der Landesregierung soll es das einzige im Barnim sein. Das bedeutet lange Wege, von Oderberg oder Schorfheide aus gut 21 Kilometer, von Wandlitz 35, von Ahrensfelde gar rund 50 Kilometer. Die Fahrt mit dem Öffentlichen Personennahverkehr ist nicht unter einer Stunde zu haben, vorausgesetzt man schafft das Umsteigen von Bus zu Bahn zu Bus.

Die Gemeindevertretung Ahrensfelde forderte deshalb in einem Beschluss von Kreis und Land, dass ein Impfzentrum in Bernau eingerichtet wird. „Die Entfernung nach Eberswalde ist für viele Menschen viel zu weit“, erklärt Gemeindevertreterin Christina Emmrich (DIE LINKE). Das ist zurzeit für die über 80-Jähri-

gen ein großes Problem. Sie sind auf Nachbarschafts- und Familienhilfe angewiesen. Zudem verweigert sich die Brandenburger Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) bisher dem Anliegen, einen Taxi- oder Beförderungsgutschein zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE fordert diesen bereits seit Wochen. In Berlin werden die Fahrten zu den Impfzentren den mobilitätseingeschränkten Menschen bezahlt. Dort gibt es eine Regelung, die zwischen Landesregierung, Rotem Kreuz und Taxi-Innung ausgehandelt wurde. „Warum geht das nicht in Brandenburg?“ fragt der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, erbost. Der Eberswalder weiß, dass die Anfahrten zum Impfzentrum nach Eberswalde ein großes Problem darstellen, wenn man nicht mehr mobil genug ist, um selbst mit dem Auto zu kommen.

Nicht nur für die Hochbetagten sind weite Fahrwege ein Problem, sondern auch für diejenigen, die die

Zum Impfen von Schönow nach Elbe-Elster

Neulich im Buchladen „Schatzinsel“ in Bernau: Eine ältere, schwerhörige Kundin fragte nach einer Stadtkarte von Elsterwerda. Sie brauche sie schnell, denn im dortigen Impfzentrum habe sie einen Impftermin. Das konnte die Kassiererin überhaupt nicht glauben und fragte deshalb, wo denn die Kundin herkommen würde.

„Na aus Schönow, deshalb brauche ich ja die Karte, ich kenne mich doch dort überhaupt nicht aus!“

Die Karte konnte bereits am nächsten Tag geliefert werden. Ob die über 80 Jahre alte Frau den Weg nach Elsterwerda erfolgreich hinter sich gebracht hat? (Landkreis Elbe-Elster: 7-Tage-Inzidenz zu der Zeit über 300) Aber die Geschichte zeigt: Es muss doch möglich sein, zumindest innerhalb des eigenen Landkreises geimpft zu werden. Matthias Holz

In dieser Ausgabe

Ehrenamtskarte für Eberswalde:

DIE LINKE: Wer sich ab 2021 mindestens 100 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagiert erhält Zuschüsse. **2**

Kita- und Hortbeiträge trotz fehlender Betreuung?

In Eberswalde ja, in Werneuchen neu beantragt, im Land beabsichtigt – verschiedene Regeln gelten im Barnim. „Die Entlastung der Eltern muss selbstverständlich sein, sagt die LINKE. **3**

Kreistag kompakt:

Von Wirtschaftssituation, Online-Unterricht, Tierseuchen, Winterdienst bis „Barnim als Wasserstoffregion“. Ein Bericht von Matthias Holz. **4/5**

Blick in die Welt: In Erinnerung – Patrice Lumumba

Der erste gewählte kongolesische Ministerpräsident wurde vor 60 Jahren ermordet. **6**

Klosterfeldes Schule erhielt eine teure Küche – um jetzt nur Essen warm zu machen?

Isabelle Czok-Alm (LINKE), Direktkandidatin der LINKEN für den Bundestag:

Wir wollen ein neues Konzept für die Schulküche! **7**

Für neue Ideen des Wirtschaftens

Niels-Olaf Lüders, Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag, über seine Ansprüche an das höchste deutsche Parlament. **7**

OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: www.dielinke-barnim.de
oder Facebook:
[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADED1GZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Von Katharina Walter,
Stadtverordnete Eberswalde

Wer ehrenamtlich engagiert ist oder war, kennt ihn: den Griff ins eigene Portemonnaie. Für das Busticket zum Einsatzort, für die Verpflegung der Mitstreiter:innen bei der alljährlichen Weihnachtsfeier oder für Lektüre, um in der eigenen Arbeit besser zu werden. Das Ehrenamt kostet nicht nur Zeit und Energie, sondern auch Geld. Hier setzte die Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde Ende 2019 an und ließ im städtischen Haushalt für die Jahre 2020/2021 einen Ehrenamtsfond in Höhe von 75.000 Euro einstellen. Dieser Fond sollte dazu dienen, den finanziellen Aufwand abzumildern, den so viele Engagierte leisten, während sie mit Herz und Seele ihrer ehrenamtlichen Arbeit nachgehen und Eberswalde ganz nebenbei so

Die Ehrenamtskarte bekommt man gegen einen Tätigkeitsnachweis. Diesen kann man sich auf www.eberswalde.de/start/freiwilliges-engagement herunterladen. Einzureichen ist er per Post an Stadt Eberswalde, Referat für soziale Teilhabe und Integration, Breite Str. 41-44, 16225 Eberswalde oder elektronisch an sarah.schmidt@eberswalde.de.

maßgeblich gestalten. Gleichzeitig sollte der Fond ein neues Instrument der Anerkennung ermöglichen, welches über die jährliche Ehrenamtsauszeichnung in Form eines Preises hinausgeht.

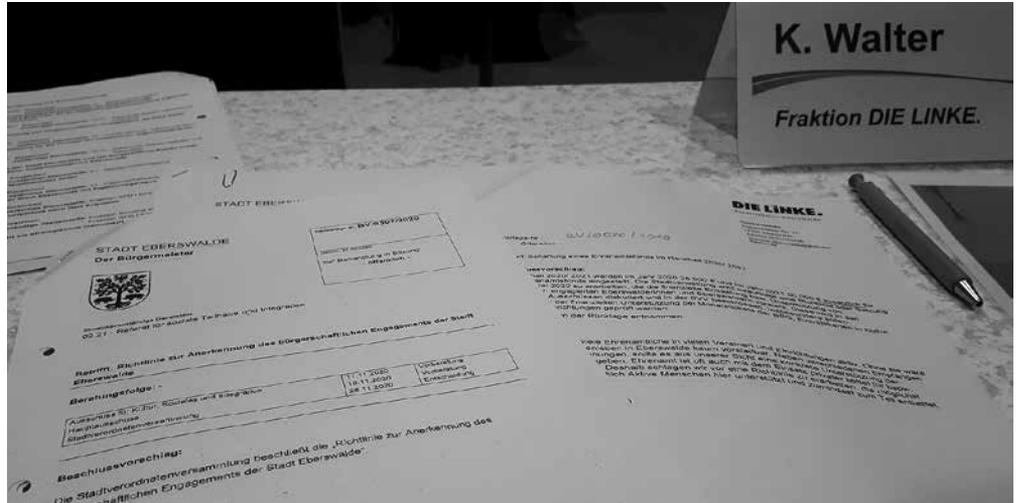
Die konkrete Umsetzung wurde Ende 2020 mit der Richtlinie zur Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements der Stadt Eberswalde auf den Weg gebracht. Wer sich mit mindestens

100 Stunden im Jahr in Eberswalde engagiert (50 Stunden bei Menschen mit anerkanntem Grad der Behinderung von mindestens 30), kann sich seit diesem Jahr eine Ehrenamtskarte ausstellen lassen. Und diese Karte kann so einiges. Sie ermöglicht z. B. eine Ermäßigung beim Zoobesuch, bei der Teilnahme an diversen Kulturveranstaltungen oder bei der Nutzung der Stadtbibliothek und anderer städtischer Einrichtungen. Auch

können Inhaber:innen der Ehrenamtskarte einen Mobilitätzuschuss von bis zu 120 Euro erhalten. Wer sie besitzt, hat zudem die Möglichkeit sich Weiterbildungen und Schulungen zum ausgeübten Ehrenamt von der Stadt finanzieren zu lassen.

Der Eberswalder LINKEN war und ist es ein besonderes Anliegen, das Ehrenamt in der Stadt wertzuschätzen und zu unterstützen. Bestärkt

Gilt ab 2021: Wer sich 100 Stunden pro Jahr ehrenamtlich engagiert, erhält Vergünstigungen und Zuschüsse



Viele Abstimmungen waren nötig bis zum Beschluss über die Ehrenamtskarte. Foto: KW

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

Aufgrund der Corona-Pandemie können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisverband:

Kreisvorstand: zurzeit nur Online, per Videokonferenz, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [**solid**]: E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buerlo.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de. Die Kreistagsfraktion der LINKEN trifft sich zurzeit nur Online. Anfragen bitte über die E-Mail-Adresse. Kreistag: 10. März, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Eberswalde: Stadtvorstand, Kontakt: im Links-Eck Eberswalde, Heegermühler Straße 15.

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online. Anfragen bitte an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 10. März, 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1, Eberswalde

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online, Kontakt per E-Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Stadtverordnetenversammlung: 25. Februar, 16 Uhr, Bürgermeisterstraße 25

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt:

ines@pukall.eu, Fraktionssitzungen: 9. Februar, 9. März,

Gemeindevertreterversammlung: 23. Februar, alle Rathaus Panketal

Wandlitz: Ortsverband: entfällt im Februar; Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzung: 4.

Februar, Gemeindevertreterversammlung: 18. Februar, 18 Uhr, Sport- und Mehrzweckhalle Wandlitz

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: 9. und 25. Februar, Stadtverordnetenversammlung: 11. Februar, 19 Uhr, Adlersaal

Ahrensfelde: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: 11. Februar und 11. März, jeweils 17 Uhr, Ratssaal Ahrensfelde, Gemeindevertreterversammlung: 15. Februar, 15.

März, jeweils 17 Uhr im Großen Saal des Ortsteilzentrums Ahrensfelde

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 4. März, 19 Uhr, Grundschule am Pfefferberg, Bahnhofstraße 9-12

Schorfheide-Chorin: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertretung: 24. Februar, Aula Schule Finowfurt

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte
der LINKEN Barnim &
Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim,
Heegermühler Straße 15,
16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-22026,
Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb),
Berit Christoffers (bc), Birgit
Hoplitschek (hop), Klaus Kleinmann
(kk), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian
Walter (ViSDP/sw), Bärbel Mierau (bm),
Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 21.000

nächster Redaktionsschluss:

18. Januar 2021

nächster Erscheinungstermin:

10. März 2021

Online-Ausgaben: mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de

alle archivierten Zei-

tungen vorhanden.

Direkt: QR-Code:



Land ignoriert weiter die Nöte der Wirtschaft

Seit Mitte Dezember fordert DIE LINKE, dass das Land Brandenburg die Wirtschaftshilfen des Bundes aus Landesmitteln vorstreckt, um die kleinen und mittelständischen Betriebe zu unterstützen. Aber die Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen sieht keinen Handlungsbedarf.

Von Sebastian Walter, Vorsitzender der Landtagsfraktion der LINKEN

Am 28. Januar beantragte DIE LINKE im Brandenburger Landtag erneut, dass das Land Brandenburg Unternehmen, die die November- und Dezemberhilfen des Bundes beantragt und noch nicht erhalten haben und die sich aufgrund des Lockdowns in schlimmen Liquiditätsschwierigkeiten befinden, aus Landesmitteln finanziell vorstreckt. Dies ist möglich, weil sich das Land die Zahlungen, die sonst an die Unternehmen gehen würden, vom Bund erstatten lassen kann.

Und erneut sah die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und CDU keinen Handlungsbedarf und lehnte den Antrag der LINKEN ab, egal, ob es um Soforthilfe, Unternehmerlohn oder Unterstützung für Online-Angebote geht.

Das ist völlig unverständlich, denn Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel hat inzwischen mit der Auszahlung der Wirtschaftshilfen aus Landesmitteln begonnen. Gerade weil

der erneute Lockdown seit November und die weiteren Verschärfungen der Maßnahmen insbesondere die klein- und mittelständische Wirtschaft betreffen. In Brandenburg bangen allein in der Hotel- und Gaststättenbranche 70 Prozent der Betriebe um ihre Existenz. In anderen Branchen sind die Befürchtungen kaum anders. Die versprochenen Bundeshilfen im November und Dezember waren als Soforthilfen angekündigt wurden, erreichen die Betriebe deutlich zu spät und mittlerweile oft in geringerer Höhe als angekündigt.

Zudem fordert DIE LINKE immer und immer wieder einen Unternehmerlohn in Höhe von 1.180 Euro pro Monat für Soloselbstständige und Inhaber von Kleinbetrieben auszu zahlen. Denn sie werden von Bundes- und die Landesregierung seit Beginn der Krise bei ihren Hilfsprogrammen faktisch auf die Grundsicherung, also das Arbeitslosengeld II, verwiesen. Wer also Lebenspartner:in mit eigenem Einkommen hat, kann hier keine Unterstützung erwarten. Das ist nicht

Soforthilfen?

Hat denn jemand gesagt, in welchem Jahr?

Vielleicht im November 2021?



Grafik: Peggy und Marco Lachmann-Anke auf pixabay.

richtig und in Niedersachsen gibt es den Unternehmerlohn bereits.

Als LINKE wollen wir zudem für den Einzelhandel eine Marktpräsenzprämie in Höhe von maximal 5.000 Euro pro Betrieb gegen Antrag für die Ausweitung des Onlinehandels und

um Werbemaßnahmen zu finanzieren. Denn der Aufbau eines weiteren Standbeins für Unternehmen könnte helfen, den Lockdown zu unterstützen. Leider haben SPD, CDU und Grüne alle diese Vorschläge abgelehnt.

Belastung der Eltern bleibt

Eberswalde: Kein Kita-Gebührenerlass für die Notbetreuung im Mai und Juni

Von Katharina Walter
Stadtverordnete Eberswalde

Selten waren so viele Danksagungen an Pflegekräfte, Busfahrer:innen, Kita-Erzieher:innen und die vielen anderen Menschen, die unser gesellschaftliches Leben am Laufen halten, vernehmbar wie im vergangenen Jahr. Als im Frühjahr 2020 strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen in Kraft traten, öffentliche Einrichtungen die Türen schlossen und Millionen Menschen ihre Arbeit in die eigenen vier Wände verlagerten, hielten die Menschen in den systemrelevanten Berufen in Zeiten großer Verunsicherung in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in den Bussen und Bahnen, in den Supermärkten und in vielen anderen Bereichen die Stellung. Doch obwohl die Dankesworte gebetsmühlenartig wiederholt wurden, gab es wenige Gesten der Wertschätzung und Anerkennung, die über warme Worte und Balkonapplaus hinausgingen.

Deshalb beantragte die Fraktion DIE LINKE bereits im April 2020 in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, die Aussetzung der Kita- und Hortgebühren für alle Eltern, die die Notbetreuung in Anspruch neh-

men mussten, bis Ende Juni. Dies löste eine schwer nachvollziehbare Debatte aus. Wer im Lockdown arbeiten gehen dürfe, solle sich doch glücklich schätzen und wer im Gesundheitssektor arbeite, wisse doch, worauf er sich bei der Berufswahl einließe, so hieß es aus anderen Fraktionen. Nach langem Hin und Her einigte man sich auf den Erlass der Gebühren für den April. Wie mit den Gebühren der Folge Monate verfahren werden sollte, blieb zunächst offen.

Nachdem sich die Stadtverwaltung erfolglos um eine Kostenübernahme durch das Land bemüht hatte, war auch Ende 2020 noch immer keine Lösung in Sicht. So startete die Linksfraktion einen erneuten Versuch, um wenigstens für den Mai noch eine Gebührenübernahme durch die Kommune zu erreichen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Kosten seien zu hoch und es wäre ungerecht den Eltern gegenüber, die zu Hause Kinderbetreuung und Homeoffice unter einen Hut bringen mussten. Ob mit dieser Entscheidung nun mehr Gerechtigkeit herrscht? Es bleibt zu hoffen, dass Kita-Gebühren in Brandenburg eines Tages doch gänzlich abgeschafft und solche Debatten damit überflüssig werden.

LINKE beantragt in Werneuchen:

Verzicht auf Kita- und Hortbeiträge ab Januar

Die Stadtverordneten der LINKEN in Werneuchen beantragen für die Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar, dass die Eltern von ihren Kita- und Hortbeiträgen rückwirkend ab Januar 2021 befreit werden, wenn sie die Betreuung tageweise nicht in Anspruch genommen haben. Das Essengeld soll natürlich je nach Inanspruchnahme bezahlt werden. Das soll für die Einrichtungen der Stadt und der freien Träger gelten.

„Viele Eltern kommen dem Aufruf der Bundesregierung nach, ihre Kinder möglichst zu Hause zu lassen“, erklärt Stadtverordneter Alexander Horn (LINKE) den Antrag seiner Fraktion. „Dies stellt eine enorme Herausforderung für die Familien dar. Die Auswirkungen auf ihre Kinder, wie fehlende soziale Kontakte mit Gleichaltrigen, nehmen Eltern zum Wohle der Gesellschaft mit schwerem Herzen in Kauf. Aber“, so Horn, „bei vielen Eltern wächst der Unmut berechtigterweise, dass der Kita- bzw. Hortbeitrag trotzdem bezahlt werden muss. Diese Leistungen erbringen die Eltern gerade zu Hause! Demzufolge sollten die Eltern zumindest mit einer taggenauen Abrechnung von den Elternbeiträgen entlastet werden.“ *bc*

Land Brandenburg will Eltern entlasten

LINKE: „Das muss selbstverständlich sein!“

Das Land Brandenburg will rückwirkend zum 1. Januar die Eltern von Kitagebühren befreien, die ihre Kinder derzeit nicht in die Kita schicken. Dies solle auch für die Eltern gelten, die ihr Kind nur bis höchstens 50 Prozent der vertraglich vereinbarten Betreuungsleistung in die Kita gebracht haben. Die Kita-Träger sollen die konkreten Absprachen mit den Eltern schriftlich festhalten. Der Finanzausschuss des Landtags muss der Förderung noch zustimmen. Genaueres war zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht bekannt, z.B. ob dies auch Hortbeiträge betrifft, ob die Regelung automatisch verlängert wird.

Dass die Landesregierung dies als großes Geschenk an die Eltern feiert, ärgert den Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, sehr: „Das ist ja wohl selbstverständlich. Aber es müssen alle Eltern entlastet werden“, forderte er auf der Sondersitzung des Landtages am 20. Januar. Und zitiert aus einer Erklärung des Barnimer Kita-Beirates von Mitte Januar den Hilferuf von Eltern: „Wir sollen arbeiten als hätten wir keine Kinder und gleichzeitig das Homeschooling betreuen als hätten wir keine Arbeit.“ *jm*

Mandatsniederlegung

Erneut haben Kreistagsabgeordnete ihr Mandat niedergelegt: Dies passiert auffallend häufig. Und könnte etwas sein, mit dem sich die „Offene Worte“ mal mit einem Artikel beschäftigen. Wie man es nennt, wenn die eine Publikation (Bericht aus dem Kreistag) auf eine andere Publikation der LINKEN (Offene Worte) verweist? Cross-Promotion, kann DIE LINKE mittlerweile auch. Chapeau!

Politische Auswirkungen hat die Niederlegung eines Mandates auch. Der Abgeordnete vom „Bündnis für Schorfheide“ war in der Fraktion der CDU, sein Nachrücker hat sich der SPD angeschlossen. Dadurch verliert die AfD ihren Sitz im Kreisausschuss und die SPD bekommt diesen. Durch den Wechsel aus der CDU-Fraktion ist die Fraktion DIE LINKE/Bauern die stärkste Fraktion im Kreistag.

Fragestunde der Abgeordneten

Es gab neun Fragen der Abgeordneten zum Thema Online-Unterricht an kreiseigenen Schulen, darunter auch eine der Fraktion DIE LINKE/Bauern. Sie fragte:

1. Wo sind an den kreisgeleiteten



Schulen noch Erweiterungen und Verbesserungen für die Durchführung eines flächendeckenden Online-Unterrichts notwendig?

Antwort: Mit Utensilien für den Unterricht sind die Schulen weitestgehend ausgestattet, da der Barnim damit bereits vor 10 Jahren begonnen hat. Probleme gibt es noch bei der Internetanbindung mancher Schulstandorte, sowie von privaten Haushalten.

2. Wie wird technisch gesichert, dass alle Lernenden am Online-Unterricht teilnehmen können?

Antwort: Die Aufgaben erhalten die Schüler:innen per Mail oder über eine Lernplattform. Die Kreisverwaltung räumt ein, dass nicht alle Schüler:innen am Online-Unterricht teilnehmen können. Diese erhalten ihre Unterlagen per Post.

3. Welche zusätzlichen Maßnahmen in welchem sachlichen und finanziellen Umfang sind im Rahmen der Corona-Zusatzvereinbarung („Sofortausstattungsprogramm“) umgesetzt worden?

Antwort: Bisher hat der Kreis für die Schulen in seinem Zuständigkeitsbereich einen Antrag zur Förderung von 521 mobilen Endgeräten gestellt. Deren Lieferung wird im ersten Quartal 2021 erwartet.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit der Ausstattung des Jugendamtes. Hier besteht immer noch

erheblicher Personalbedarf. Die Kreisverwaltung sucht intern nach Mitarbeitern, die sich weiterbilden möchten. Es wird nach qualifiziertem Personal gesucht, allerdings mangelt es an entsprechenden Bewerbungen.

Eine Partei dreht sich um sich selbst

Die Fraktion „AfD-Die Konservativen“ wollte einen Tagesordnungspunkt der „AfD“ streichen, der sich mit der „AfD die Konservativen“ befasst. Diese sollen sich nicht „AfD“ nennen dürfen. Das Streichen von der Tagesordnung ist allerdings nicht ohne die Einwilligung des Einreichers (AfD) möglich. Eine Partei dreht sich um sich selbst. Ein Wahnsinn...

Tätigkeitsbericht des Landrates

Der Landrat startet mit einem Jahresrückblick. Bis zu 230 Mitarbeiter der Kreisverwaltung waren seit Beginn der **Pandemie** mit der Nachverfolgung der Infektionsketten beschäftigt. Etwa 80 davon täglich. Hinzu kommen Mitarbeiter des Robert-Koch-Institutes und Mitglieder der Bundeswehr. Laut Robert-Koch-Institut erhebt der Barnim

personenbezogene Daten besonders vollständig. Dies bedeutet für die Verwaltung eine große Mehrbelastung. Darunter leiden andere Aufgaben. Der Landrat bittet die Bevölkerung um Verständnis.

Die Barnimer Busgesellschaft hat vom Rettungsschirm des Bundes für den ÖPNV profitiert, war allerdings nicht so sehr betroffen, wie private Busunternehmen. Die Steuereinnahmen werden laut Prognosen in den nächsten beiden Jahren deutlich geringer ausfallen. Dies liegt an der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland und hat seinen Grund in Corona.



Die „Afrikanische Schweinepest (ASP)“ ist im Nachbarlandkreis Märkisch-Oderland angekommen. Der Barnim hat einen Tierseuchenstab eingerichtet, der alle sechs Wochen tagt. Ein lokales Bekämpfungszentrum und ein mobiler Zaun sind geplant. Eine Wildsammelstelle ist eingerichtet. Geschossenes Wild verbleibt dort, bis es auf die ASP untersucht wurde. Der Landrat erwartet hohe Kosten bei der Seuchenbekämpfung.

Kreistag

Von Wirtschaftssituation, Online-Unterricht bis „Barnimer Busgesellschaft“

Im Dezember tagte der Kreistag

Die Entwurfsplanung für die ersten sechs Schleusen am **Finowkanal** ist abgeschlossen. Es ist mit einer 95-prozentigen Förderung zu rechnen. Damit wäre die dauerhafte Schiffbarkeit des Finowkanals gesichert.

Der **Deutsche Buchhandlungspreis** wurde an zwei Buchhandlungen im Barnim vergeben. Eine davon gehört der Kreistagsabgeordneten Sylvia Pyrlík (DIE LINKE/Bauern). Herzlichen Glückwunsch!



Bei der anschließenden Aussprache zum Bericht des Landrates betonte Lutz Kupitz, dass der Bericht zur **gegenwärtigen Haushaltslage** des Kreises erst auf Nachfrage der Fraktion erfolgte. Hier hätte sich DIE LINKE/Bauern einen Ausblick gewünscht, um in den nächsten Jahren besser Schwerpunkte setzen zu können. Der **Corona-Härtefallfonds** des Kreises wurde bisher nur zu 10 Prozent abgerufen. „Eventuell muss hier der Zugang zu den Hilfsmitteln vereinfacht werden“, so Kupitz. Beim Bericht zum Kita- und Schulbedarfsplan überrascht es die Fraktion nicht, dass der Bedarf gestiegen ist. Es geht jetzt darum, die Planungen zum **Neubau von Schulen und Kitas** zügig zu beginnen, allerdings dürfen diese nicht nur nach den Schülerzahlen ausgerichtet werden. Auch der **Schülerverkehr** muss in den Fokus gerückt werden. Der Leistungsvertrag mit der „Barnimer Busgesellschaft“ muss künftig mehr Geld für Busse und Personal enthalten. Aber auch die Schulstandorte müssen so geplant werden, dass der Schülerverkehr sinnvoll organisiert werden kann.

Zum Abschluss merkt Lutz Kupitz an, dass es zurzeit üblich ist, sich überall zu bedanken. Er hofft, dass sich dieser Dank bei Busfahrer:innen, Pfleger:innen endlich auch in der Lohntüte bemerkbar macht. Er regt an, dass sich die Empfänger des Landkreises 2021 um die Menschen in diesen Berufsgruppen dreht.

Entschädigungssatzung

Die neue Entschädigungssatzung für Mitglieder des Kreistages und die Fraktionen stand auf der Tagesordnung. Um sachkundigen Einwohnern ein höheres Sitzungsgeld auszahlen zu können, gab es einen Ergänzungsantrag von DIE LINKE/Bauern, Die Grünen, SPD, CDU, Freie Wähler und FDP. Da sachkundige Einwohner:innen kein Sitzungsgeld für Fraktionssitzungen erhalten, obwohl diese denselben Aufwand haben, soll ihnen zumindest ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 Euro für die Ausschusssitzungen gewährt werden.

Der Antrag wurde angenommen.

Dienstleistungsvertrag für Kreisstraßen (Winterdienst)

Die Tagesordnungspunkte 17, 18 und 19 befassten sich jeweils mit Dienstleistungsverträgen. Diese sollten mit kreislichen Gesellschaften geschlossen werden, um diverse Tätigkeiten von der Kreisverwaltung an diese zu übertragen. Beispielsweise der Bau eines Gebäudes für das Kreisarchiv oder den Winterdienst auf Kreisstraßen.

Die Freien Wähler lehnen dies ab. Sie wollen „privat vor Staat“ und verweisen auf die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dass es auf dem Markt keinen Anbieter gibt, der die Aufgaben generell oder zeitnah übernehmen kann, ist ihnen egal. Die würden schon kommen, wenn der Kreis sich nicht einmischte. Der Markt regelt das. Irgendwie, irgendwo, irgendwann...

Ralf Christoffers findet die Frage der privaten Lösung zwar nicht empörend, aber an dieser Stelle falsch. Die Geschäftsfelder der Firma, die vom Kreis damals übernommen wurde und



kompakt:

line-Unterricht, Tierseuchen, m als Wasserstoffregion“

g. Ein Bericht von Matthias Holz.

jetzt die Aufgabe des Winterdienstes ausführen soll, wurden insofern eingeschränkt, dass sie keine Tätigkeiten im Garten- und Landschaftsbau mehr ausführt. Die Kreiswerke sind in verschiedenen Bereichen erfolgreich tätig, aber die Organisationsstruktur der Kreiswerke muss für die Bewältigung



der zukünftigen Aufgaben überprüft und gegebenenfalls erneuert werden.

In der weiteren Diskussion wird auf den ländlichen Raum verwiesen, der erhebliche Schwierigkeiten hat, den Winterdienst zu gewährleisten, weil sich keine Anbieter finden.

Wahrscheinlich fehlt es dort einfach an Eigeninitiative, morgens zwei Stunden früher aufstehen und einfach mal selbst die Straße zur Arbeit verkehrstauglich machen. Diese Lösung lässt sich zumindest aus dem Dogma „privat vor Staat“ ableiten und scheint für die Freien Wähler akzeptabel zu sein. Die Mehrheit des Kreistages sah dies anders und der Antrag wurde angenommen.

Gebäude für Kreisarchiv

Frank Bergner bedankte sich für die Arbeit der Mitarbeiter:innen des Kreisarchivs, insbesondere Frau Petra Gerloff. Sein Sohn schreibt eine Schülerarbeit über den Aufstieg der NSDAP. Durch die Hilfe des Kreisarchivs konnte ein regionaler Bezug hergestellt werden. So konnten die Wahlergebnisse der NSDAP zu den Reichstagswahlen bis auf den Heimatortsteil Basdorf „runtergebrochen“ werden.



Dankt
Mitarbeiter:innen
des
Kreis-
archivs.

Die Freien Wähler kritisieren die Inhouse-Vergabe. So etwas gehe nicht, schließlich brauche der Mittelstand gerade die Aufträge. Der Landrat klärt darüber auf, dass die Kreiswerke der Auftraggeber sein werden und nicht selbst bauen würden. Das bedeutet Inhouse-Vergabe, und nicht dass es sich um eine interne Angelegenheit handelt. Außerdem sei gerade das Baugewerbe nicht von der Pandemie betroffen und man hätte Probleme Firmen zu finden, die den Auftrag annehmen.

Erweiterungsbau Paul-Wunderlich-Haus

Bei der Entscheidung zur Errichtung eines Erweiterungsbaues des Paul-Wunderlich-Hauses gibt Thomas Stein zu bedenken, dass die



Braucht jeder Arbeitsplatz eine Topfpflanze?

Verwaltung auch Dinge neu denken muss. Gerade die Arbeitsplatzorganisation, die Gewissheit, dass eine Stelle auch automatisch einen physischen Arbeitsplatz bedeutet, kann in Teilen der Verwaltung zu Gunsten von flexiblen Modellen inklusive mobilem Arbeiten in Frage gestellt werden. Weder für die Verwaltung als Arbeitgeber noch für alle Mitarbeitenden sind ein fester Schreibtisch und Bürostuhl nebst Topfpflanze die ideale Lösung.

Auch die technische Ausstattung in Teilen der Kreisverwaltung ist im Vergleich zu anderen Landkreisen eher schlecht. Hier ist mit Pilotprojekten und mit finanziellen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Der Anbau an sich ist dennoch begrüßenswert und wird von der Fraktion DIE LINKE/Bauern unterstützt.

Die Freien Wähler kritisieren er-

neut die Vergabe an eine kommunale Gesellschaft, hier sollte durch private Firmen gebaut werden. Die es im Moment nicht gibt, weil deren Auftragsbücher voll sind. Die Diskussion drehte sich an dieser Stelle im Kreis.

Der Antrag wurde angenommen.

Wasserstoffregion

Ralf Christoffers als Vorstandsmitglied der Regionalen Planungsgemeinschaft sprach sich deutlich für diesen Antrag aus. Laut nationaler Wasserstoffstrategie ist der Barnim eine Region, in der Wasserstoff nutzbar gemacht werden kann. Dieser Antrag muss beschlossen werden, um die Potentiale zu nutzen und den Innovationsschub in vielen Bereichen voranzutreiben.

Hier handelt es sich um einen knallharten Wettbewerb innerhalb Deutschlands, weshalb dieser Antrag auch den Kreis Uckermark einschließt, um so die Kraft zweier Kreise zu bündeln und sich im Wettbewerb durchzusetzen.

Dem Antrag von DIE LINKE/Bauern, CDU, SPD und Grünen wurde zugestimmt.



Knallharter Wettbewerb bei Wasserstofftechnologie.

Gebühren für Schwarzwild

Die „Afrikanische Schweinepest“ war in der Rede des Landrates bereits Thema. Um diese aufhalten zu können, muss mehr Wild geschossen und untersucht werden. Auf den Kosten dieser Untersuchung sollen die Jäger:innen nicht sitzen bleiben. Der von Rainer Dickmann (DIE LINKE/Bauern) geführte, zuständige Ausschuss, hat hierfür einen Antrag eingereicht. Dieser wurde angenommen.



Untersuchungen bleiben gebührenfrei!

AfD soll sich nicht AfD nennen

Jetzt der bereits eingangs besprochene Antrag der AfD. Die beiden komplett zerstrittenen Fraktionen im Kreistag beharken sich bei jeder Gelegenheit. Nun also der Antrag der

einen AfD, dass sich die abgespaltene Fraktion nicht mehr AfD nennen darf. Aber im Endeffekt ist es wie mit dem Gedicht von Gertrude Stein, „eine Rose ist eine Rose, ist eine Rose“ und eine AfD ist eine AfD, ist eine AfD.

An dieser Stelle hätte der Vorsitzende des Kreistages auch vorher aktiv werden können und den Antrag nicht zur Beratung zulassen können, denn wenn die AfD mein „rechter, rechter Platz ist leer“ spielen möchte, dann muss der Kreistag da nicht unbedingt mitmachen.

Um dieser Farce dann noch die Krone aufzusetzen, zieht die AfD ihren Antrag zurück. Ein Trauerspiel...

Die Evolution von einer AfD-Fraktion zu zwei Fraktionen, wobei sich die zweite bereits mehrfach umbenannt hat, habe ich mal in einem Bild veranschaulicht.



Ärzte sollen Kindern in die Hose schauen

Der Tagesordnungspunkt heißt so nicht, aber eine genaue Berichterstattung hat der Antrag der „AfD - Die Konservativen“ auch nicht verdient. Unter dem Deckmantel der Fürsorge sollen Kinderärzte verpflichtet werden, Kinder auf Genitalverstümmelungen zu untersuchen. Eigentliches Ziel ist natürlich das Vorgaukeln von ausufernder Gewalt an Kindern durch Migrant:innen. Hier darf man ausnahmsweise die Freien Wähler mal loben, da diese klarstellten, dass im Barnim seit Jahren an der Thematik gearbeitet wird und durch beispielsweise den Migrationsbeirat Aufklärungsarbeit geleistet wird. Der Landkreis gibt auf Nachfrage bekannt, dass es in den letzten Jahren sage und schreibe Null Fälle von Genitalverstümmelung gab.

Eine Kreistagsabgeordnete ist Kinderärztin und erklärt, dass bei den U-Untersuchungen auch die Genitalien untersucht werden, um Fehlbildungen beheben zu können. Die Kinderärzte übernehmen diese Aufgabe also bereits, allerdings aus gesundheitlichen Gründen und nicht wegen der ideologischen Verböhrtheit der AfD. Dem Einreicher ist das egal. Er kennt sich besser aus, weil er Vater ist... Dieser und auch alle weiteren Anträge der AfD wurden abgelehnt und der Kreistag um 22.30 Uhr beendet.

In Erinnerung: Patrice Lumumba

Der erste gewählte kongolesische Ministerpräsident wurde vor 60 Jahren ermordet

Wolfgang Semmler

Patrice Lumumba, der erste demokratische gewählte Ministerpräsident der unabhängigen Republik Kongo, wurde am 17. Januar 1961 von einem belgischen Söldnerkommando in der Provinz Katanga ermordet. Zuvor in aller Öffentlichkeit grausam misshandelt, gedemütigt und eingekerkert. Er wurde nur 36 Jahre alt.

Was bleibt? Nurmehr ein positiver Nachhall jener 68 Tage Regierungszeit, geprägt durch das Wirken des herausragenden kongolesischen Politikers.

Der 60. Jahrestag der Unabhängigkeit Kongos am 30. Juni 2020 war für die Kongolesen gewiss kein Feiertag. Denn die Bilanz der Unabhängigkeit ist katastrophal: ein Land am Abgrund, ausgezehrt durch die schwerwiegenden Folgen von Misswirtschaft, Korruption und Machtmissbrauch, einem verheerenden Bürgerkrieg mit Millionen Opfern, latenten ethnischen Konflikten und vor allem der systematischen Ausplünderung der riesigen Naturressourcen durch internationale Konzerne. Dennoch die zwingende Frage: Warum wollen wir als LINKE diesem integren afrikanischen Staatsmann noch heute ehrenvoll gedenken? Das kurze, ereignisreiche Leben des außergewöhnlichen Politikers gibt uns die Antwort.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kolonialer Herrschaft in Belgisch-Kongo prägten Lumumbas Leben, aufgewachsen in armen bäuerlichen Verhältnissen in der Provinz Kasai. Die belgische Kolonialherrschaft stützte sich auf drei Säulen: die Kolonialverwaltung, ausländische Monopole und die christlichen Mis-

sionen. Das ideologische Fundament bildete der sogenannte Paternalismus, beruhend auf der katholischen Soziallehre. Die widersprüchlichen Wirkungen der Kolonisation (unter anderem ein hoher Standard sozialer Dienstleistungen) bestimmte weitgehenden Lumumbas ambivalente Haltung gegenüber den Kolonialherren. Als Postbeamter wurde er eine sogenannte Evulué, somit jener aufstrebenden privilegierten urbanen Schicht angehörig. Daher in dem Zwiespalt lebend: einerseits der Stolz, ein Mensch dieser Elite zu sein, zugleich jedoch das starke Bemühen, das Vertrauen aller Kongolesen zu gewinnen.

wurzelnd in seinem Batetela-Volk, und Panafrikanismus bildeten die Grundelemente seiner Ideologie des antkolonialen Befreiungskampfes. Lumumba kennzeichnete die Gewaltfreiheit als die „fundamentale Doktrin der kongolesischen Revolution“. Beispielhaft angesichts der derzeit gefährlich instabilen Lage im Lande, verursacht hauptsächlich durch gewaltbereite rivalisierende politische Kräftegruppierungen.

Wesenszüge, die maßgeblich das politische Handeln des kongolesischen Politikers bestimmten. Zuvörderst seine Integrität und Unbestechlichkeit, zudem hohe Intelligenz

liche Integrität. Sartre kennzeichnete Lumumbas Denkart und Führungsstil als „kleinpolitischen Jakobinismus“. Aber dieser äußerte sich, wie bereits verdeutlicht, allenfalls in einer zwar rigoros verkündeten, jedoch kaum praxiswirksamen Zurückweisung neokolonialer Politik. Selbst das geringe Lebensalters Lumumbas und Robespierres – beide fanden mit 36 Jahren den gewaltsamen Tod – ist hierbei nicht ohne Belang.

Zweifelloso begünstigten eigene Schwächen und Fehler den raschen Sturz Lumumbas: seine Inkonsistenz bei der Umgestaltung des kolonialen Verwaltungsapparates, nicht

Die Urbevölkerung des heutigen Kongo bestand aus Pygmäen. Bantu-Völker wanderten ein. Im 14. Jahrhundert gründete sich das Königreich Kongo, eines der größten afrikanischen Staatswesen. Ab dem 15. Jahrhundert kam es zu diplomatischen Beziehungen mit Portugal. Später lieferte das Kongoreich Sklaven nach Amerika, durch die Einnahmen entstand eine reiche Oberschicht in den afrikanischen Hafenstädten. Ab dem 17. Jahrhundert zerfiel des Kongo-Reich, Portugiesen, Niederländer und Briten wechselten sich in der Vorherrschaft ab. Schließlich vereinnahmte Belgien als Kolonialmacht das Land nach einer Kongokonferenz. Nach Unabhängigkeitsbestrebungen zog sich Belgien 1959 schlagartig aus dem Kongo zurück und hinterließ ein Chaos. Grafik: OW



Der Politiker hatte keine lange vorgedachte Gesellschaftskonzeption. Dies galt insbesondere für die Ökonomie. Als Ministerpräsident verkündete er hierzu nur allgemeine Überlegungen: „Unser Sofortprogramm muss darauf gerichtet sein, durch gemeinsame Anstrengungen die Reichtümer unseres Landes zu nutzen und somit eine nationale Wirtschaft aufzubauen, die es möglich macht, den Lebensstandard aller Bürger rasch zu verbessern.“ Nationalismus,

und ein enormer Wissensdrang (z.B. intensives Studium der Werke französischer Aufklärer Montesquieu, Rousseau und Diderot), eine sprachmächtige Rhetorik, und vor allem die ungebrochen-standhafte Haltung „lieber sterbe ich, als das ich in Knechtschaft lebe und die mir heiligen Prinzipien verrate“, schrieb er zum Abschied an seine Frau.

Alein die proklamierten Ziele der Lumumba-Regierung zur Festigung der Unabhängigkeit riefen die politischen Gegenkräfte auf den Plan. Ausländische Konzerne fürchteten den Verlust ihrer riesigen Kapitalanlagen. Und im Spannungsfeld des kalten Krieges sahen westliche Mächte ihre politischen und militärstrategischen Interessen in Zentralafrika gefährdet. Daher schmiedeten reaktionäre Kräfte, namentlich der CIA, gestützt auf kongolesische Oppositionelle (Präsident Kasavubu, Oberst Mobutu und Separatistenführer Tschombe) einen Komplott. Am 14. September 1960 wurde die von Lumumba geführte Zentralregierung gestürzt. Oberst Mobutu putschte sich an die Macht.

Jean-Paul Sartre nannte den kongolesischen Politiker in einem Essay „schwarzer Robespierre“. Wohl bedenkend, dass beide Politiker ein weitgehend gleichartiges Persönlichkeitsprofil hatten. Bestimmender Wesenszug ihres Charakters: die persön-

zuletzt die große Vertrauensseligkeit und Nachsicht gegenüber politischen Gegnern. Er war ein Philantrop.

Die Tragik: Jung und unerfahren, wurde der kongolesische Staatsmann vom ersten Tag seiner Amtsübernahme wegen der gewaltigen Problemlast überfordert – der Sezession von zwei Provinzen, der Invasion belgischer Truppen, der UNO-Intervention, ökonomischen Niedergang und völlig zersetzten Verwaltungsstrukturen. Das größte Verdienst der Lumumba-Regierung war jedoch von Anfang an das starke Ringen um den Erhalt des kongolesischen Zentralstaates. In Anbetracht zunehmend bedrohlicher gegenläufiger Entwicklungen im heutigen subsaharischen Afrika sicher eine wichtige Lehre.

Fazit. Lumumba strebte danach, die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen im Kongo grundlegend zu verändern. Aber seine Utopie, eine freie gerechte Gesellschaft aufzubauen und darüber hinaus ganz Afrika von fremdländischer Herrschaft zu befreien wurde nicht zur Wirklichkeit.

Wer Patrice Lumumba als politischer Persönlichkeit gerecht werden will, sollte die bedenkenswerten Worte des Leipziger Historikers Manfred Kossok in Betracht ziehen: „Und das Begonnene, aber nicht Vollendete, das Erhoffte, aber letztlich Aufgegebene – zählt das nicht?“



Nach Angaben des WWF gibt es im Kongobecken die zweitgrößten zusammenhängenden Regenwälder der Erde. Sie tragen als Kohlendioxid-Speicher zur Stabilisierung des globalen Klimas bei. Über 400 Säugetierarten leben hier. Foto: Robert Gonzales

Klosterfeldes Schule erhielt eine teure Küche – um jetzt nur Essen warm zu machen?

Isabelle Czok-Alm (LINKE) und Birgit Großmann, beide im Ortsbeirat Klosterfelde, wollen ein neues Konzept für die Schulküche

Eigentlich war die Idee für die Schulküche in der Klosterfelde Grund- und Oberschule toll: Ein Neubau, eine richtige Küche mit Mensa, in der frisch gekocht werden sollte, am besten mit den Produkten regionaler Hersteller, gern auch bio-zertifiziert.

Nach den Oktoberferien im letzten Jahr sollte es los gehen mit der frischen Küche für die Kids. Aber statt dessen erhielt der Anbieter „Sodexo“ den Zuschlag. Nichts gegen das börsendotierte französische Unternehmen, das jährlich 20 Milliarden Euro Umsatz macht, es geht hier nicht um die Qualität, die es liefert. Aber unter regionalem Essen verstehe ich nicht einen weltweit agierenden Konzern, der mit Hauptsitz in Rüsselsheim unsere Schule in Klosterfelde beliefert.

Es geht darum, dass der Ortsbeirat Klosterfelde etwas anderes wollte: Frisches Essen, mit Zutaten aus der Region, zubereitet von Menschen

aus der Region. Sodexo arbeitet statt dessen mit dem Cook&Chill-Verfahren. Dabei wird in Großküchen vorgekocht, die Mahlzeiten werden eingefroren und vor Ort final zubereitet. Das Verfahren war zwar laut Ausschreibung erlaubt, aber es entsprach nicht dem, was wir uns für unsere Kinder wünschen.

Letztendlich scheint es so, als wenn der Preis entscheidet. Denn nach der Wichtung in der Entscheidungsgrundlage machten die Kosten 50 Prozent aus, 30 Prozent das Verkostungsergebnis und 20 Prozent wert waren Qualität und Zertifikate.

Der Vertrag mit Sodexo läuft nun 2 Jahre. Ich möchte, dass geprüft wird, ob es nicht doch einen regionalen Anbieter geben kann, der unseren Kriterien entspricht. Es wurde eine teure Küche eingebaut, die hauptsächlich dazu genutzt wird, um Essen warm zu machen. Die Sodexo-Kundenkarten wurden von Bitterfeld aus nach Klos-



Foto: pixabay

Porträtfotos: privat

terfelde geschickt, das Essen kommt aus Werder. Deshalb wollen Birgit Großmann und ich im Ortsbeirat Klosterfelde bis Mitte des Jahres ein neues Konzept auf den Weg bringen, mit dem tatsächliche regionale Anbieter eingebunden werden können, vielleicht lässt sich ja sogar ein Integrationsprojekt daraus entwickeln.

Die Autorin: Isabelle Czok-Alm ist Gemeindevertreterin der LINKEN in Wandlitz und im Ortsbeirat Klosterfelde, kandidiert im Wahlkreis 57 (Oberbarnim/Uckermark) für den Bundestag, Kontakt per E-Mail: czok-alm@dielinke-barnim.de



Für neue Ideen des Wirtschaftens

Soziale Bedingungen über die Bundesgesetzgebung verbessern

Von Niels-Olaf Lüders

Ich wurde als Direktkandidat der LINKEN für die Bundestagswahl im September 2021 gewählt. Das Mandat, um das ich mich bewerbe, ist eine großartige Chance, an den so dringend nötigen politischen Veränderungen innerhalb des gesetzgebenden Parlaments unseres Landes unmittelbar mitzuwirken. Denn viele Menschen spüren es selbst: Ein bloßes politisches „Weiter so“ wäre für die Bürger:innen unseres Landes fatal, während eine kleine superreiche Clique weiterhin frohlocken dürfte.

Ich war in den Gesprächen im Wahlkreis oft verblüfft. Verblüfft darüber, wie vielen Menschen doch eigentlich recht klar ist, dass das derzeitige Wirtschaftssystem, ein System des Rechts und der Macht des finanziell Stärkeren, die Ursache und keinesfalls die Lösung der meisten immer drückenderen Probleme, wie Chancungleichheit, soziale Spaltung, Klimawandel, Krieg, Vertreibung und Flucht ist. Nach solchen Gesprächen frage ich mich oft, warum sich diese Klarheit nicht stärker in

den bisherigen Wahlergebnissen progressiver Parteien wie der LINKEN widerspiegelt. Es mag vielleicht daran liegen, dass man leider eben auch oft hört, dass es sich ja ohnehin nicht ändern ließe. Ganz so, als beruhe dieses in weiten Teilen inhumane zerstörerische Finanz- und Wirtschaftssystem auf einer Art Naturgesetz. Diese Hoffnungslosigkeit und Resignation macht mich traurig. Zeigt sie doch, was die letzten Jahre des GroKo-Stillstands und des Vormarschs der angeblich alternativlosen neoliberalen Idee des Wirtschaftens angerichtet haben. Und noch trauriger macht es mich, wenn mir Menschen berichten, dass gut durchdachte innovative Versuche, neue Ideen des Wirtschaftens, zum Beispiel mit anderen Eigentums- und Finanzierungsformen oder mit anderen Zielsetzungen als der kurzfristigen Profitmaximierung, oft scheitern, weil unsere Gesetze so etwas nicht vorsehen und ausreichend fördern.

Bildung, Kreativität und Leistungsbereitschaft sind eben längst kein Garant mehr für wirtschaftlichen Erfolg und ein erfülltes Leben frei von ständigen Existenzängsten. Und

die bereits eiskalt Abgehängten, unter ihnen auch viele ältere Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, müssen alleingelassen und oft auch noch entwürdigend behandelt zusehen, wie sie sich und ihre Familien mehr schlecht als recht durchbringen.

Ich nehme die sehr berechtigten Sorgen der Menschen um ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder und Enkel ernst. Von mir gibt es nicht nur das anbietende Standardversprechen vor Wahlen, mich irgendwie zu „kümmern“, um dann hinterher doch alles weitgehend so weiter laufen zu lassen. Denn ich möchte wirklich spürbare Veränderungen, vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Menschen und nicht nur Konzernen, Aktionären und Finanzspekulanten zugutekommen. Ungebremste Märkte und Lobbyisten regeln das eben nicht von allein. Dafür sind in einer Demokratie von der Wirtschaft unabhängige Parlamente da. Und deswegen ist es so wichtig, dass dort gewählte Abgeordnete beraten und entscheiden, die nicht auf ihre Partei-Sponsoren aus der Wirtschaft Rücksicht nehmen müssen oder sich gar als „Genosse der

Bosse“ profilieren, um den lukrativen Job danach sicherzustellen. Ich werde mich mit Ehrlichkeit und dem Mut, mich auch mit den Mächtigen anzulegen, vor allem dafür einsetzen, dass im Bundestag Gesetze gemacht werden, die gute Rahmenbedingungen für neue und progressive Ideen des Wirtschaftens schaffen und asoziales Wirtschaften und gesellschaftsschädliches Verhalten, zum Beispiel auf den Finanzmärkten, einhegen und im besten Fall ganz verhindern.



Niels-Olaf Lüders (LINKE) kandidiert im Wahlkreis 59 (Niederbarnim/Märkisch-Oderland) für den Bundestag

Frauen-
geschichte(n)

Lili Körber

Februar



Von Gisela Zimmermann

Lili Körber zählt zu einer Generation deutschsprachiger Schriftstellerinnen, die in den 1920er und 1930er Jahren mit sozialkritischen Reportagen und Büchern ein großes Publikum erreichte. Sie wurde am 25.02.1897 als Tochter eines österreichischen Seidenkaufmanns und dessen polnischer Ehefrau jüdischer Konfession in Moskau geboren. Mit ihren jüngeren Schwestern wuchs sie in wohlhabenden Verhältnissen auf. Die Familie musste 1915 das Land verlassen, nachdem der Vater als Ausländer zu Beginn des ersten Weltkrieges inhaftiert und später freigelassen worden war. Sie übersiedelten zuerst nach Berlin, später nach Wien. Lili studierte in der Schweiz und promovierte 1925 zum Dr. phil. über die Lyrik Franz Werfels an der Universität Frankfurt/Main. Ende der 1920er Jahre ging sie nach Wien zurück, wo sie als Schriftstellerin und Journalistin für die Arbeiterzeitung und die Wiener Rote Fahne tätig war. Während ihrer fast einjährigen Russlandreise arbeitete sie mehrere Wochen als ungelernete Arbeiterin in den Putilow-Werken in Leningrad. Daraus entstand der 1932 bei Rowohlt erschienene, sehr erfolgreiche Tagebuchroman „Eine Frau erlebt den roten Alltag“. Als Lili im Januar 1933 Berlin besuchte, war bereits das Erstarken der Nationalsozialisten spürbar. Unter diesem Eindruck schrieb sie den Roman „Eine Jüdin erlebt das neue Deutschland“, der 1934 in Wien verboten wurde. 1933 war sie in Wien Mitglied der Vereinigung sozialistischer Schriftsteller geworden. 1935 unternahm sie Reisen nach China und Japan. Ihre Erlebnisse schilderte sie in dem Reisebericht „Begegnungen im Fernen Osten“, der jetzt zum ersten Mal seit Erscheinen 1936 wieder aufgelegt wurde. 1938 emigrierte sie nach Frankreich, 1941 mit ihrem Lebensgefährten in die USA, wo sie als Krankenschwester arbeitete. Lili Körber starb am 11.10.1982 in New York.



Foto: bc

OW-Beitrag/bc

In Brandenburg galt bis Ende Dezember die Mietpreisbegrenzungs- und eine Kappungsgrenzenverordnung. Damit werden Mietsteigerungen bei Neuvermietungen auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete und bei Bestandsmieten auf 15 Prozent innerhalb von drei Jahren begrenzt; sonst sind 20 Prozent erlaubt. Im Barnim haben sich die Gemeindevertretung Ahrensfelde und die Stadtverordnetenversammlungen in Barnau und Werneuchen jeweils auf Initiative der LINKEN für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen ausgesprochen.

Die SPD-CDU-Grüne Landesregierung hat beide Verordnungen auslaufen lassen. Eventuell soll die Kappungsgrenzenverordnung im Februar neu beschlossen werden und dann

rückwirkend zum 1. Januar in Kraft treten. Schuld daran ist nach Auffassung des Fraktionschefs der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, pure Untätigkeit. Seit April warte der Landtag auf ein angekündigtes Gutachten zur Weiterführung der Verordnungen. Dies lag nun Mitte Dezember endlich vor. Danach soll nur noch für 19 Brandenburger Städte und Gemeinden die Kappungsgrenzenverordnung gelten.

Alternativ hatte die Linksfraktion im Dezember vorgeschlagen, dass die Verordnungen bis 30. Juni verlängert werden bis alle Details geklärt sind. Das wurde jedoch abgelehnt.

DIE LINKE hält die Mietpreisbremse für notwendig. Dass sie möglicherweise weiter eingeschränkt werden soll, deutet Sebastian Walter genau als das falsche Signal. So könnten im Barnim Barnau, Werneuchen

und Ahrensfelde entfallen, dafür jedoch Panketal aufgenommen werden. „Aber niemand zwingt die Landesregierung, sich an das Gutachten zu halten“, erklärt Walter. Statt dessen müsse sinnvoll die Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt vor allem im Berliner Umland aufgehalten werden. Für Alexander Horn, Stadtverordneter in Werneuchen (DIE LINKE) würde eine solche Entscheidung des Landes eine Missachtung der kommunalen Vertreter darstellen. Ein positives Signal aber „setzt der größte Wohnungvermieter in Werneuchen, die WBG, die sich selbst per Beschluss an die bisher geltenden Regeln gebunden hat“, so Alexander Horn.

Der Brandenburger Mieterbund initiierte eine Online-Petition zum Thema auf: <https://www.openpetition.de/petition/online/mietsteigerungen-bremsen-jetzt>

Preisrätsel

Lösungswort: die grau unterlegten Felder ergeben – in der richtigen Reihenfolge gelesen – den Geburtstagsmonat der OW, der sich in diesem Jahr zum 30. Mal jährt, **bis zum 25. Februar 2021** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW,

Heegermühler Str.15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de;

Preis dieser Ausgabe: Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Gewinner:in der Nov./Dez.-Ausgabe: Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“ geht an: E. Otto, Eberswalde

Waagrecht: 4. Habsucht, 9. finn. Psychiater (1928-2019), 10. Angeh. einer christl. Konfession, 11. vorderasiat. Staat, 13. Republik in Westafrika, 16. Rundfunkempfangsteil, 19. landwirtschaftl. Gerät, 20. griech. Buchstabe, 22. inneres Organ, 24. griech. Göttin d. Weisheit, 25. Lebensjahre, 27. Wettkampfklasse, 29. Kohlenwasserstoffverbindung, 31. westeurop. Strom, 34. Nordosteuropäer, 37. Gelatine, 39. aufgerautes Gewebe, 41. Salzgewinnungsanlage (Mz.), 44. russ.: Frieden, 46. Notiz, 47. franz. Strom, 50. Reitwettbewerb, 52. Fischart, Döbel, 54. engl.: Stein, 57. Südfrucht, 58. Bedienelement, 60. Weinernte, 62. Beschichtung, 65. Nutzinsekt, 68. Schienenweg, 70. Höhle, 71. Wegbeschaffenheit, 72. Hasenkuhle, 73. Wasserstrudel

Senkrecht: 1. Zahlstelle, 2. german. Volksversammlung, 3. Backmasse, 4. engl.: Mädchen, 5. Flachland, 6. Farbsystem (Abk.), 7. Verkehrsstockung, 8. Schornstein, 12. Legende, 14. gleichgültig, 15. berliner.: eins, 16. Schabefleisch v. Rind, 17. Fehllös, 18. Wende b. Segeln, 20. Aufschnitt, 21. Teil d. Woche, 23. Nordwesteuropäer, 25. Widerspruch, 26. Ballettröckchen, 28. weibl. Vorname, 30. Schachfigur, 32. das Zuhause, 33. Aufzählungspunkt, 35. gekörntes Stärkemehl, 36. Segelschiffstyp, 38. Situation, 40. landessprachl. f. Irland, 42. Titelfigur b. Jules Verne, 43. Zensur, 45. Gruppe v. Wildschweinen, 48. Ansehen, 49. engl.: Adler, 51. Himmelsrichtung, 53. dem Wind abgewandte Seite, 55. Kurf. eines Objektivs, 56. german. Wassergeist, 57. Vorgänger d. RBB, 59. ausreichend gegessen, 61. Beunruhigung, 63. Maschinenelement, 64. geometr. Figur, 66. Gott d. Inka, 67. Ablehnung, 68. Singvogel, 69. Überbleibsel, 70. Wacholderschnaps

1		2		3		4		5	6		7		8	
9								10						
						11	12							
13	14		15								16		17	18
19								20		21				
			22	23						24				
25		26						27	28					
						29	30				31	32		33
34	35		36					37		38				
39								40		41			42	43
								44		45			46	
47		48		49				50				51		
						52	53					54	55	56
57									58		59			
						60	61					62	63	64
65	66		67							68		69		
							70							
71													72	
							73							